

Harte Kritik am wichtigsten Schweizer Botschafter

Das EDA hält die Arbeit von Urs Ziswiler und seinem Team in Washington für «nicht berauschend»

VON MARTIN STOLL

BERN Die grösste Auslandsvertretung der Schweiz, die Botschaft in Washington, muss harte Kritik aus der Berner Zentrale einstecken. Die Berichterstattung der Schweizer Diplomaten zu politischen Themen ist laut einem internen Bericht des Aussendepartements (EDA) dürftig.

Elf Tage lang durchleuchtete ein Inspektorenteam des EDA im vergangenen Juni die vom Karrierediplomaten Urs Ziswiler geleitete Schweizer Botschaft im Washingtoner Woodley Park.

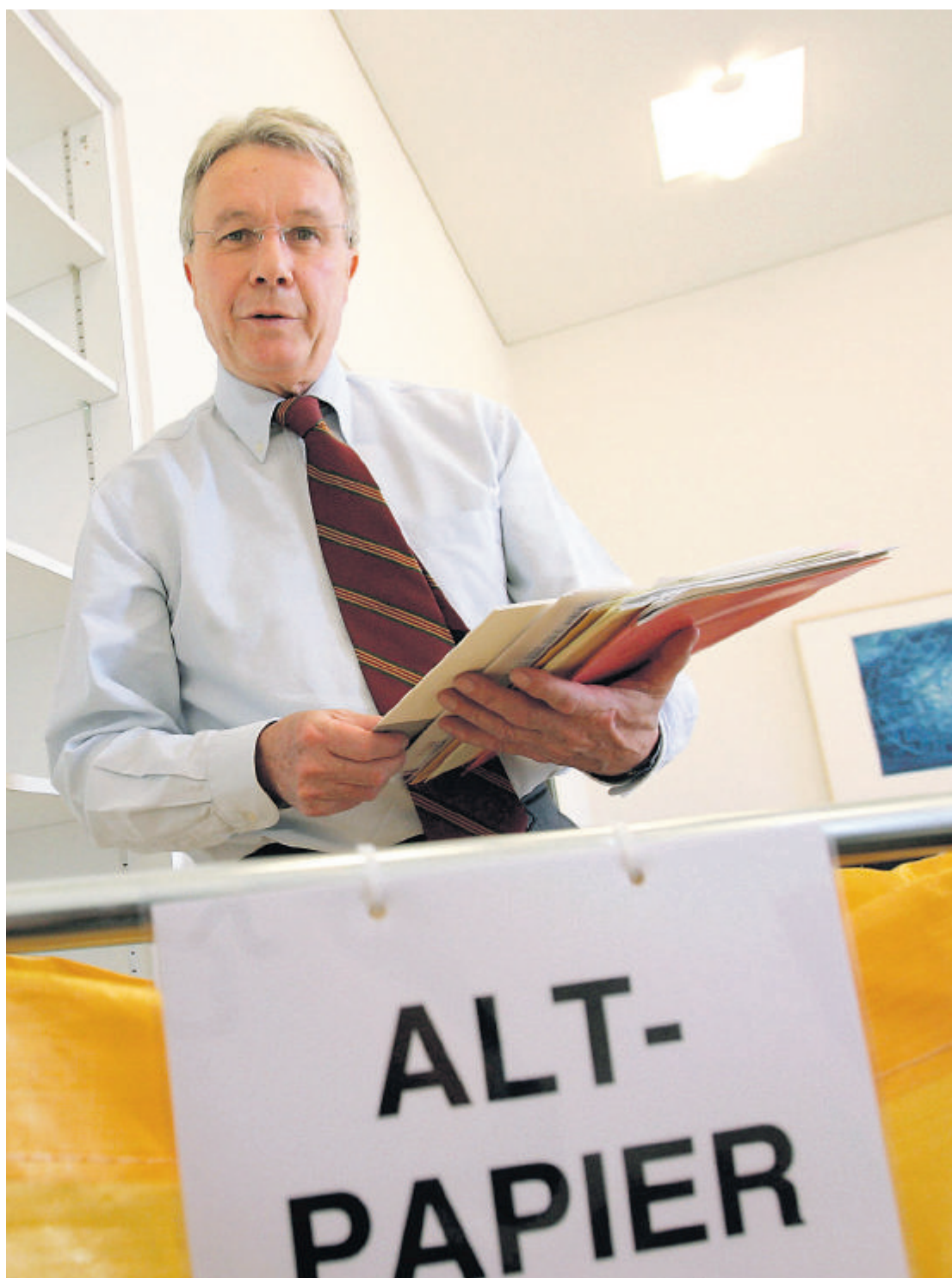
Eine Schwachstelle orten die Inspektoren bei der politischen Berichterstattung. Die geringe Zahl von 7 politischen Analysen und 25 politischen Mitteilungen, die Washington 2007 nach Bern lieferte, bezeichnet EDA-Chefinspektor Kurt Höchner als «nicht berauschend». Die Diplomaten berichteten nicht vorausschauend, sondern reaktiv und erst auf Anfrage der Zentrale, bemängelte er. Nicht fehlender Arbeitswille, sondern die Belastung mit anderen Aufgaben sei Grund für den bescheidenen Output der Diplomaten, heisst es im 34 Seiten starken Bericht.

Die Schnittmenge mit öffentlichen Quellen ist gross

Das Hauptgewicht der Schweizer Diplomaten in Washington liegt auf dem Politmarketing und der Kulturdiplomatie. An Empfängen und Events in der architektonisch spektakulären Botschafterresidenz knüpfen sie ihre Netze.

Auf die Qualität der Politanalysen schlägt sich dies kaum nieder. Denn auch das EDA-interne Politische Sekretariat, das vom ehemaligen Nachrichtenkoordinator Jacques Pitteloud geleitet wird, geht mit den Politberichterstatern in Washington hart ins Gericht: Bezüglich Quantität und Qualität sei die Niederlassung nicht mehr als gutes Mittelmass – «dieses Urteil tut uns leid, aber wir kommen beim besten Willen nicht darum herum». Der Mehrwert der Berichte sei oft fraglich und die Schnittmenge mit öffentlich zugänglichen Quellen gross, schreibt Pittelouds Dienststelle. Lobend erwähnt werden einzig die Berichte zum Islam.

Angesichts der komplexen Aufgaben der Botschaft und der Budgetkürzungen bekam Missions-



Botschaftsleiter Urs Ziswiler: In einigen Punkten klar durchgefallen

FOTO: MONIKA FLÜCKIGER/KEY

Der Bund stoppt den Kauf von Wohnungen für Militär-Attachés

Parlamentarier wollen Klarheit über den geplanten Kauf oder die Miete von Auslandsimmobilien.

Das VBS sucht derzeit für vier Militärattachés Wohnungen. Es wird sich gedulden müssen: Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) stoppt die Evaluation, bis die Verantwortlichkeiten geklärt sind. Hintergrund: Das BBL hatte

sich Kritik gefallen lassen müssen wegen Botschaftsbauten und einer Attaché-Wohnung in Paris. Letzte Woche vereinbarten Vertreter der ständerätlichen Finanzkommission, der nationalrätlichen Kommission für öffentliche Bauten und der GPK, dass Letztere in dieser Sache den Lead übernehmen soll. Ob daraus eine Untersuchung wird, ist noch offen.

Die neuen Wohnungen braucht das VBS, weil es seine Verteidigungsattachés aus taktischen Gründen zum Teil neu positioniert: In Jakarta (statt Tokio, für die Länder Japan, Indonesien und Singapur); in Sarajevo (bisher aus Rom betreut); Jordanien (bisher aus Ankara betreut); die Vereinigten Arabischen Emirate (bisher von Kairo betreut). CL

chef Ziswiler unterm Strich zwar gute Noten. In einigen weiteren Punkten fiel er aber klar durch.

So wird in der Inspektion – sie betraf die Periode von Juli 2006 bis Juni 2008 – auch die Wirtschaftssektion gerügt. Deren Mitarbeiter hätten sich Mitte 2007, als die Diskussion um die Imagepflege der Schweiz wieder wichtiger wurde, nur zögerlich «über die Alumni-Gardenparty hinaus» an Anlässen mit Publikumswirkung engagiert.

Weiter vermissen die Inspizienten eine Fokussierung der Botschaft auf wichtige Vorhaben. Die interne Erfolgskontrolle habe den Charakter einer «Alibiübung», bemängeln sie weiter.

Der EDA-Rapport provoziert Kritik bei Politikern. «Die Diplomatie steckt in einer tiefen Krise», sagt SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli. Angesichts heutiger Kommunikationswege stelle sich die Frage, «ob wir in jedem Land dieser Welt einen Palast an teuerster Lage mit gut bezahlten Würdenträgern brauchen». Für den grünen Zuger Nationalrat Josef Lang passt die zurückhaltende diplomatische Berichterstattung zum Umgang der Schweiz mit der US-Politik der vergangenen Jahre: «Wer eine kritische Einstellung hat, dem kommt mehr in den Sinn.»

Jetzt liefert Washington Tagesberichte nach Bern

Beim Schweizer Diplomatenkorps in Washington kommt der Tadel der Inspektoren schlecht an. Im Umfeld der Gesandtschaft dominiert die Meinung, man habe bessere Zensuren verdient. Früh und eindringlich sei von den Schweizer Diplomaten in den USA auf die sich abzeichnende Finanz- und Bankgeheimniskrisen aufmerksam gemacht worden. Missionschef Ziswiler wollte sich zur Kritik nicht äussern.

Inzwischen hat die Botschaft in Washington ihr Berichtswesen angepasst. Vor drei Monaten wurde die politische Sektion der Washingtoner Botschaft um eine Stelle aufgestockt. Auf Wunsch der Zentrale schicke die Niederlassung inzwischen «eine grössere Anzahl kürzerer, auf das Tagesgeschehen ausgerichteter Berichte» nach Bern, schreibt das EDA in einer Stellungnahme. Die vier bis sechs Sachberichte pro Tag sollen jetzt «einen Mehrwert gegenüber den Medienberichten darstellen».

Guantánamo: Schweiz prüft Dossiers

BERN Die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz rückt näher: Die vom Justizdepartement (EJPD) von Eveline Widmer-Schlumpf geleitete Arbeitsgruppe prüft konkrete Personen. Bis jetzt waren nur die allgemeinen Umstände einer möglichen Aufnahme abgeklärt worden. «Wir haben eine Reihe von Lebensläufen eingefordert», bestätigt EJPD-Sprecherin Brigitte Hauser. Eine Zahl will sie nicht nennen. Es handle sich aber um «mehr als ein» Dossier. Damit soll geklärt werden, ob diese Personen für eine Aufnahme in der Schweiz infrage kämen.

Damit wird das bisher nur sehr allgemeine Angebot der Schweiz, eventuell ehemalige Guantánamo-Gefangene aufzunehmen, konkretisiert und der Entscheid vorangetrieben. Hintergrund dürfte sein, dass Finanzminister Hans-Rudolf Merz Guantánamo als Bestandteil eines Pakets zur Lösung des Steuer- und Bankstreits mit den USA sieht. Gleichzeitig drücken die USA aufs Tempo. Diese Woche haben sie Deutschland eine Liste mit Namen von Guantánamo-Häftlingen überreicht, die dort unterkommen sollen. Die Schweiz muss deshalb rasch vorwärtskommen, wenn sie frei auswählen und wirklich jene Personen aufnehmen will, die ihr am geeignetsten erscheinen.

DENIS VON BURG

Militärgesetz chancenlos nach SP-Nein

BERN Sicherheits- und Aussenpolitiker der SP haben die Parteiposition zur Beteiligung von Schweizer Soldaten an der Anti-Piraten-Aktion Atalanta festgelegt. Während sich beim konkreten Einsatz das erwartete Ja abzeichnet, lehnt die SP die damit verbundene Revision des Militärgesetzes klar ab. Mit dieser möchte der Bundesrat den Einsatz von Soldaten bei zukünftigen ähnlich gelagerten internationalen Polizeiaktionen ermöglichen. «Die Revision hat in der SP nicht den Hauch einer Chance», sagt Nationalrat und Aussenpolitiker Mario Fehr. Da SVP und Grüne die Vorlage schon länger ablehnen, ist die Militärgesetzrevision damit politisch erledigt. ANDREAS WINDLINGER

Die Schweiz hat vier Schlüsselpartner: die EU, Deutschland, Frankreich und die USA. Mit allen liegt sie im Clinch – sie vereinsamt. Die Kraftmeierei des Finanzministers, seine emotionale OECD-Schelte, das «Ellbogen ausfahren» der Wirtschaftsministerin und die finstere Bockigkeit der Aussenministerin verraten Ohnmacht. Der Kleinkrieg gegen die beiden Buhmänner, den OECD-Sekretär Gurría und Finanzminister Steinbrück, zermürbt vor allem die Schweiz. Wer nicht aufhört, beleidigt zu sein, wer sich auf Nebenkriegsschauplätzen verkämpft, der schwächt die ohnehin schwache Verhandlungsposition des Bundesrats. Politik ist die Kunst des Möglichen und nicht die Kunst, sich unmöglich zu machen.

Wegen der Finanzkrise stürzen sich unsere massgeblichen Partner in Riesenschulden, die sie nur über ein, zwei Jahrzehnte tilgen können. Da werden sie die Steuerflucht je länger, desto weniger dulden. Falls die Eidgenossenschaft den Steuerwettbewerb weiter verschärft und im Kampf gegen

ROGER DE WECK

Einsam und eingeschnappt



Steuersünder halbherzige, möglichst bürokratische und unwirksame Hilfe leistet, wird sie das Verhältnis zu ihren Partnern nur weiter vergiften. Es liegt nicht im Schweizer Interesse, jetzt zu finassieren und Pseudozustände zu machen, die den Frust der Amerikaner und Europäer bald mehren würden.

Den Wandel hat Luxemburgs Demokratische Partei – Schwesterpartei der Schweizer FDP – längst begriffen. Nüchtern analysiert sie die sehr ähnliche Lage des luxemburgischen Staats: «Die politischen Realitäten haben sich fundamental geändert. Da das Bankgeheimnis in wenigen Jahren wohl nur noch ein Relikt der Vergangenheit sein wird, muss die Frage nach dem Sinn verbaler Rundumschläge gegen Nachbarstaaten gestellt werden. Jetzt bringt ein unnötiges Strapazieren der bilateralen Beziehungen dem Land rein gar nichts, da die Fehler in der Vergangenheit getätigt wurden, als nicht früh genug auf das Thema des Bankgeheimnisses eingegangen wurde. Ein martialisches Auftreten verhärtet nur noch die Fronten – zum Nachteil Luxemburgs. Etwas weniger könnte jetzt mehr sein.»

Wie heisst es bei Shakespeare? «Keine Zeit ist so schlimm, dass man nicht ehrlich sein könnte.» Oder anders herum: Schlimmen Zeiten geht die Schweiz entgegen, wenn ihre Politiker und Politikerinnen den Mut zur Ehrlichkeit und Einsicht nicht aufbringen.